

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 5

Siegen, 23.02.2022

Bereich: Soziale Leistungen

Bearbeitet von: Steffen Weiskirch, Maren Königsberg, Patrick Zöller

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren**

**09.03.2022**

Kurzbezeichnung:

**Sachstandsbericht "Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Aussiedlern und Wohnungslosen"**

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren der Universitätsstadt Siegen nimmt den Sachstandsbericht "Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerber, Aussiedlern und Wohnungslosen" zur Kenntnis.

### **Sachverhalt / Begründung:**

#### **I. Vorbemerkung**

Im Hinblick auf das zu erstellende „Unterbringungskonzept der Universitätsstadt Siegen zur Versorgung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Aussiedlern und Wohnungslosen bzw. von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen mit Wohnraum“ hat der Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren (AfSFS) zuletzt am 21.04.2021 beraten und entschieden. Auf die entsprechenden Vorlagen VL 153/2021 und 311/2021 wird verwiesen.

Demnach wurde die Verwaltung beauftragt, innerhalb eines Jahres ein Gesamtkonzept zur Wohnungslosenhilfe zu erstellen, welches sowohl eine umfassende Bestandsaufnahme der vorhandenen Unterbringungs- und Betreuungsangebote enthält, als auch im Detail aufschlüsselt, welche Personen in der Universitätsstadt Siegen von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht sind, wie lange diese von den in der Wohnungsnothilfe aktiven Stellen und Trägern betreut werden und wie genau sich diese Betreuung darstellt und vollzieht.



Darüber hinaus soll im Konzept aufgezeigt werden, wie die Wohnungslosenhilfe der Universitätsstadt Siegen in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden soll (in Ergänzung zur von der Verwaltung bereits geplanten Unterbringungs- und Belegungskonzept) und welche Schritte dazu notwendig sind und wann diese durchgeführt werden.

Wie bereits in Vorlage 311/2021 beschrieben, ist für die weiteren Planungen evident, ob und wo geeignete Unterbringungskapazitäten gefunden, erworben und ggf. baulich nach den Unterbringungsbedarfen umgestaltet werden. Das Konzept wird inhaltlich davon abhängen, ob die Stadt Siegen beispielsweise ein größeres Objekt für die gewünschten Zwecke erwerben kann oder ob mehrere Einzelobjekte zur Verfügung stehen. Neben der Belegung wird hiervon zum Teil auch die Ausgestaltung, speziell die Organisation der Beratungs- und Betreuungsleistungen abhängig sein.

Primäres Ziel des Unterbringungskonzepts ist die ausreichende und zeitnahe Versorgung des in Siegen lebenden hilfebedürftigen Personenkreises mit geeignetem und menschenwürdigem Wohnraum.

Sekundäres Ziel der Entwicklung und dauerhaften Fortführung bzw. ständigen Anpassung eines gemeinsamen Unterbringungskonzepts ist die Zusammenführung der (perspektivischen) Arbeitsweisen und die Optimierung von Verfahrensabläufen der Arbeitsgruppen 5/1-2 (Leistungen nach dem AsylbLG) und 5/1-3 (Wohnen und andere soziale Leistungen) zur Unterbringung der bedürftigen Personenkreise unter Berücksichtigung und Einbindung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen. In diesem Zusammenhang kommt auch den weitergehenden Strukturen zur Beratung und Betreuung dieser Menschen innerhalb der Universitätsstadt Siegen eine besondere Bedeutung zu.

Der vorliegende Sachstandsbericht nimmt Bezug auf die verschiedenen Handlungsfelder der Arbeitsgruppen unter Berücksichtigung des zu differenzierenden Klientels, die aktuelle Lage in der Universitätsstadt Siegen, Planungen und Herausforderungen bei der Evaluation des Unterbringungskonzeptes, sowie auch in diesem Zusammenhang besonders zu berücksichtigende Personenkreise. Auf die bestehende Situation, zu berücksichtigende Begleitumstände und Perspektiven zum Unterbringungskonzept wird zudem Bezug genommen.

## **II. Bestehende Strukturen**

### **1. Arbeitsgruppe 5/1-2 - Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**

#### **a) Handlungsfelder**

Die Arbeitsgruppe 5/1-2 ist neben der Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Aussiedlern und ggfs. sonstigen Schutzberechtigten mit den Themenfeldern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Hilfen zur Gesundheit (u.a. Krankenhilfe), Flüchtlingsbetreuung und Rückkehrberatung befasst. Die einzelnen Themenfelder weisen in großen Anteilen Schnittstellen auf und sind daher aus Effizienzgründen organisatorisch in dieser Arbeitsgruppe zusammengefasst. Die Teams arbeiten eng verzahnt und im ständigen Austausch miteinander.



Die Zuweisung von Asylbewerbern an die Universitätsstadt Siegen erfolgt auf Grundlage des Flüchtlingsaufnahmegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (FlüAG NRW) durch die Bezirksregierung Arnsberg. Die Zuweisung anerkannter Schutzberechtigter und von Inhabern bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel erfolgt auf Grundlage des § 12a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) - Wohnsitzauflage).

**b) Bestandsaufnahme der Unterbringungs- und Betreuungssituation von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Aussiedlern**

***Gebäudeinfrastruktur***

Die Universitätsstadt Siegen bringt Flüchtlinge, Asylbewerber und Aussiedler in eigenen Übergangseinrichtungen, angemieteten Objekten und stadteigenen Wohnungen unter.

Derzeit unterhält die Stadt vier eigene Übergangseinrichtungen. Darüber hinaus werden vier weitere städtische und 49 angemietete Objekte stadtwelt für die Unterbringung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Aussiedlern genutzt.

Von den vier eigenen Übergangseinrichtungen sind derzeit drei belegt (Tiergartenstraße, Am Dreesch, Im Wiesental). Die Einrichtung "An der Sommerseite" ist im Stand-By-Modus und hinsichtlich der weiterhin anhaltenden Pandemielage für eine ggf. erforderliche Massenquarantäne vorbereitet. Eine diesbezügliche Unterbringung ist im Bedarfsfall kurzfristig möglich.

Die Übergangseinrichtungen und städtischen Wohnungen werden von acht Hauswarten betreut, die im Übrigen auch in den Einrichtungen der AG 5/1-3 eingesetzt werden.

Die Hauswarte kümmern sich um die Gebäudeinfrastruktur, sind aber auch erste (und wichtige) Anlaufstelle für die Bewohner/innen und unterstützen damit ergänzend die Arbeit der Sozialarbeitenden.

***Betreuungs-und Beratungssituation (inklusive Rückkehrberatung) / Personalschlüssel***

Die sach- und fachkompetente Betreuung und Beratung von Flüchtlingen, Asylbewerbern, Aussiedlern und Zugewanderten wird von der Universitätsstadt Siegen im Rahmen einer regelmäßigen Ausschreibung und eines Dienstleistungsvertrages zu einem Teil an einen freien Träger vergeben. Bis zum 31.12.2022 ist die Leistung an den Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V. (VAKS) vergeben. Die Beratung und Betreuung dieses Personenkreises wird derzeit vom freien Träger durch den Einsatz von entsprechend geschulten Fachkräften in einem Umfang von 5,7 Stellen sichergestellt. Hierfür sind Diplom-Sozialarbeiter/innen oder Mitarbeiter/innen mit vergleichbarer Qualifikation im Einsatz.

Der Verein arbeitet darüber hinaus eng mit den weiteren zuständigen Diensten der Universitätsstadt Siegen (Jugendamt, Ausländerbehörde, etc.), sowie weiteren freien Trägern und Migrantenorganisationen zusammen.

Die Vertragslaufzeit war auf höchstens fünf Jahre beschränkt. Derzeit laufen die Vorbereitungen zur Ausschreibung und Vergabe der Leistung ab dem 01.01.2023.



Neben der sozialen Betreuung liegen die Schwerpunkte in der Sozialarbeit weiterhin in der Wohnungssuche (soweit kein Recht/ keine Verpflichtung mehr besteht, in den Übergangseinrichtungen zu wohnen) und -vermittlung, der Orientierungshilfe im neuen Lebensumfeld, der Vermittlung an Fachstellen für verschiedene Problemlagen, Sprachförderangeboten und ähnliches. Die einzelfallbezogenen Leistungen sind ausgerichtet an die speziellen Problemlagen der Betroffenen.

Darüber hinaus erbringt die Stadt Siegen Beratungs- und Betreuungsleistung mit eigenem Personal. Derzeit sind drei Vollzeitstellen hierfür vorgesehen. Die drei städtischen Mitarbeiter arbeiten in enger Zusammenarbeit mit dem VAKS e.V.

### ***Rückkehrberatung***

Die Gründe für eine freiwillige Rückkehr sind vielfältig. Neben der Aufforderung zur Ausreise oder einer drohenden Abschiebung spielen häufig die fehlende Perspektive auf Familiennachzug, sonstige familiäre Gründe, "Heimweh" sowie der Wunsch im gewohnten Kulturkreis zu leben eine zunehmende Rolle.

Seit Mai 2018 ist einer der drei oben aufgeführten städtischen Mitarbeiter gezielt mit der „Rückkehrberatung für ausreisewillige Personen“ beauftragt. Die Erfahrungen zeigen große Resonanz und Erfolge der städtischen Rückkehrberatung.

#### Entwicklung der Rückkehrberatung seit 2018

2018

- **19 freiwillige Ausreisen**
- **Rückkehrländer**
- 

Aserbaidschan; Indien; Irak; Mazedonien; Libanon; Pakistan; Republik Serbien; Russische Föderation; Syrien; Tadschikistan; Ukraine; Volksrepublik China.

2019

- **22 freiwillige Ausreisen**
- **Rückkehrländer**

Afghanistan; Irak ; Iran; Libanon; Pakistan; Republik Serbien; Syrien; Ukraine

2020

- **10 freiwillige Ausreisen**
- **Rückkehrländer**

Irak; Mongolei; Litauen; Syrien; Russische Föderation; Volksrepublik China.



2021

- **21 freiwillige Ausreisen**
- **Rückkehrländer**

Albanien; Bangladesh; Indien; Irak; Mongolei; Nepal; Republik Kosovo; Republik Serbien;

### ***Aktuelle Zuweisungs- und Unterbringungssituation***

Hinsichtlich der Entwicklung der Zuweisungen durch die Bezirksregierung Arnsberg und die in diesem Zusammenhang stehenden Unterbringungskapazitäten wird auf die regelmäßige Präsentation zur Unterbringung, Beratung und Betreuung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Aussiedlern in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren verwiesen.

Aktuell bleibt in diesem Zusammenhang ergänzend auszuführen, dass die Erfüllungsquote zur Aufnahme von Asylbewerbern im Sinne des §§ 50, 51 Asylgesetz (AsylG) drei Jahre lang über 100 % lag. Anfang 2022 wurde die Aufnahmeverpflichtung erstmals wieder unterschritten, so dass vereinzelt Zuweisungen in die Stadt Siegen erfolgten.

Hinsichtlich der Zuweisungen im Rahmen des § 12a AufenthG ist festzustellen, dass die Aufnahmeverpflichtung seit Jahren deutlich übertroffen wird. Zum 13.02.2022 lag eine Erfüllungsquote von 202,12 % vor.

## **2. Arbeitsgruppe 5/1-3 - Wohnen und andere soziale Leistungen**

### **a) Handlungsfelder**

Die Arbeitsgruppe 5/1-3 besteht aus den Arbeitsteams "Wohnen/Wohnraumsicherung und -versorgung", "Leistungen nach dem Wohngeldgesetz", "Versicherungsamt/Rentenangelegenheiten" und "Leistungen für Behinderte".

Das Arbeitsteam "Wohnen/Wohnraumsicherung und -versorgung" verfügt über eine eigene Fachstelle für Wohnungsnotfälle, welche sich insbesondere mit der Unterbringung von Wohnungs- und Obdachlosen beschäftigt. Darüber hinaus erfolgt aber auch die Ausstellung von Wohnberechtigungsscheinen, sowie Wohnungsvermittlungen zur Vorbeugung und Vermeidung drohender Wohnungslosigkeit.

### **b) Bestandsaufnahme der Unterbringungs- und Betreuungssituation von Wohnungs- und Obdachlosen**

#### ***Gebäudeinfrastruktur***

Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle betreut derzeit 70 hilfebedürftige Personen und unterstützt diese im Rahmen der ihr obliegenden Aufgaben.

Darüber hinaus sind der Fachstelle derzeit 5 obdachlose Personen, welche sich im Stadtgebiet aufhalten, bekannt. Die Universitätsstadt Siegen bringt Obdachlose im Rahmen der Ge-



fahrenabwehr priorisiert in städtischen Unterkünften unter. Ergänzend erfolgen die Anmietung entsprechender Objekte nach Bedarf sowie die Unterbringung in Hotels/Pensionen.

Hier ist jedoch ein Engpass an entsprechend geeigneten Unterbringungskapazitäten festzustellen.

Städtische Objekte zur Unterbringung von Wohnungs- und Obdachlosen:

Unterkunft	Gesamtzahl möglicher Bewohner	Derzeit Belegt
Unterkunft 1	4 WE/4 Familien 2 WE/4 Personen	1 WE/2 Personen 2 WE/3 Personen
Unterkunft 2	4 WE/4 Familien	3 WE/8 Personen
Unterkunft 3	2 WE/2 Personen	2 WE/2 Personen
Unterkunft 4	5 WE/10 Personen	4 WE/4 Personen
Unterkunft 5	4 WE/4 Personen	0

### c) Problemlagen

#### *Zunahme und Umgang mit renitenten Obdachlosen (sog. „Systemsprengern“)*

Verantwortlich für die Vermeidung beziehungsweise Überwindung von Wohnungslosigkeit sind in Deutschland in erster Linie die Kommunen. Hierbei wird seit einiger Zeit eine starke Zunahme von aufsässigen Obdachlosen festgestellt, die unter Umständen nicht nur für sich, sondern auch für andere Bewohner einer Obdachlosenunterkunft eine Gefahr darstellen können. Auch die Universitätsstadt Siegen ist in wachsendem Maß mit Obdachlosen konfrontiert, deren Verhalten für ihre Umgebung letztlich nicht mehr zumutbar ist. Dieser Personenkreis unterfällt diversen Suchtproblematiken oder psychischen Erkrankungen. Der wachsende Anteil der psychisch kranken Wohnungslosen, die im Verhalten massive Auffälligkeiten zeigen, lässt eine Unterbringung in „regulären“ Unterkünften nicht mehr zu und benötigt dringend entsprechende Alternativen.

Wird die Obdachlosenunterkunft durch einen polizeirechtlich Untergebrachten gravierend beschädigt, so kann die Kommune zum Schutz ihres Vermögens ihm einfachste Unterkünfte zuweisen oder regelmäßig, im Einzelfall auch tägliche Kontrollen unterziehen. Problematisch ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Universitätsstadt Siegen aktuell nicht über ausreichende Unterbringungskapazitäten einfachster Art verfügt. Hinzu kommt, dass obdachlose Personen, bei denen (offensichtlich) eine Selbst- und Fremdgefährdung und damit eine einstweilige Unterbringung nach dem Unterbringungsrecht ausgeschlossen ist, nicht bei winterlichen Witterungsverhältnissen unter Gefährdung von Leib und Leben „auf die Straße gesetzt werden“ können.

Zu der Frage, ob die Obdachlosenbehörde bzw. die Fachstelle in Ausnahmefällen bei exzessiven Verstößen von der Verpflichtung zur Unterbringung des Obdachlosen befreit wird, äußert sich die Literatur bzw. Kommentierung aus verfassungsrechtlichen Gründen ablehnend. Denn: Eine solche „Freistellung“ widerspricht den polizei- und ordnungsrechtlichen Grundsätzen und missachtet den staatlichen Schutzauftrag für das Leben und die Gesundheit des



Menschen. Zum Schutz der bedrohten Grund- und Menschenrechte des Obdachlosen bleibt die Polizei bzw. die Ordnungsbehörde zum Einschreiten verpflichtet. Dieser Personenkreis kann jedoch nicht (mehr) in den bisherigen städtischen Unterkünften und auch nicht in angemietetem Wohnraum untergebracht werden. Nach den langjährigen Erfahrungen der Fachstelle besteht die einzige und effektivste Möglichkeit, diese sog. „Systemsprenger“ in Wohncontainern oder vergleichbar ausgestatteten Objekten unterzubringen.

#### *Verfügbarkeit und Vorhaltung von Unterbringungskapazitäten*

Wie zuvor dargestellt, existiert ein Mangel an bedarfsgerechten Plätzen für bestimmte Gruppen von Wohnungslosen, unter anderem Frauen, Menschen mit körperlichen und/ oder psychischen Behinderungen, junge Wohnungslose, Menschen mit psychischen, Alkohol- und/oder Drogenproblemen. Derzeit sind mehr Männer als Frauen betroffen und binden zunehmend mehr Arbeitskraft des Verwaltungspersonals.

Wegen der konstant hohen Zahl von Wohnungslosen und zudem der kleinen, aber steigenden Zahl von Personen mit verhaltensbedingten Auffälligkeiten besteht ein Bedarf im Bereich der Einzelunterbringung, der derzeit jedoch nicht befriedigt werden kann. „Normalwohnraum“ (Wohnungen) ist bei den derzeitigen städtischen Unterkünften der Regelfall. Mehrbettzimmer in Sammelunterkünften sind aus hygienischen Gründen weder derzeit, noch zukünftig zu verfolgen – erst Recht nicht in Zeiten einer pandemischen Lage. Insoweit besteht ein Handlungsdruck bei der Schaffung von Möglichkeiten der Einzelunterbringung, hier insbesondere für psychisch auffällige Wohnungslose, die praktikabelerweise in vandalismusunanfälligen Wohncontainern untergebracht werden sollten. Diese Lösung ist alternativlos, denn ein Verbleib der untergebrachten Personen in den bisherigen Unterkünften ist dem Wohnumfeld bzw. der Nachbarschaft teilweise nicht mehr zuzumuten. Die Personen sind teilweise stark alkohol- und oder drogenabhängig; die Polizei und /oder die städtische Rufbereitschaft müssen mehrmals im Monat vor Ort sein, um Streitigkeiten, Lärmbelästigungen oder ähnliches zu schlichten.

Hinsichtlich potentieller Grundstücks- bzw. Aufstellungsflächen und Möglichkeiten der Beschaffung/Realisierung steht die Abt. 5/1 in Kontakt mit den zu beteiligenden Arbeitsbereichen innerhalb der Stadtverwaltung.

#### *Obdachlose ohne Unterbringungswunsch*

Eine weitere Herausforderung stellen in Siegen lebende obdachlose Personen dar, welchen ein Unterbringungsangebot von Seiten der Fachstelle unterbreitet, dieses jedoch nachhaltig abgelehnt wird. Dieser Personenkreis nimmt oftmals eine Eigengefährdung im Rahmen von winterlichen Witterungsverhältnissen in Kauf und übernachtet im "Freien". Um diesen Menschen dennoch zu helfen und Schutz gegen Kälte zu bieten wurde durch die Fachstelle für Wohnungsnotfälle zwischenzeitlich eine geringe Anzahl sogenannter "Iglous" beschafft. Diese wasserdichten, vor allem warmen kleinen, aus Polyethylen-Schaumstoff bestehenden schlauchartigen Rückzugsorte bieten für Betroffene Schutz vor Unterkühlung und einen kleinen "Raum" zum Schlafen. Sie sind für Personen gedacht, die keinen Unterschlupf in einer Notschlafstelle während des Winters finden können oder wollen. Die Universitätsstadt Sie-



gen möchte nunmehr testen, ob und inwieweit diese neuartige Form der Unterbringung in Anspruch genommen wird.

### *Verweildauer in Unterkünften*

Es ist festzustellen, dass die ursprünglich nur als Notlösung und kurzfristige Maßnahme gedachte ordnungsrechtliche Unterbringung zunehmend längerfristig wird. Insofern spiegelt die Realität (dauerhafte Unterbringung) nicht mehr den eigentlichen Gesetzeszweck (vorübergehende Unterbringung zur Abwehr der Gefahr für Sicherheit und Ordnung) wieder. Sind aber die städtischen bzw. die auf dem Wohnungsmarkt zur Vermeidung von Obdachlosigkeit angemieteten Unterkünfte dauerhaft bzw. langfristig belegt, verhindert dies im Umkehrschluss die Aufnahme zusätzlicher Bedürftiger.

### **III. Arbeitsweisen**

In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien und Senioren vom 21.04.2021 wurde unter anderem ein Fragenkatalog durch die Fraktion Bündnis90/Die Grünen erstellt, wem die Verwaltung an dieser Stelle sinngemäß beantworten möchte:

#### Frage 1:

Wie läuft die Beratung und Begleitung der Hilfesuchenden in der städtischen Fachstelle für Wohnungsnotfälle ab (gerne auch über eine Visualisierung von Arbeitsprozessen und Abläufen von Hilfeangeboten und –gesprächen/ Prozessdiagramme)?

a) Wer stellt wie Kontakt zu weiteren Beratungsangeboten und Trägern her (Schuldnerberatung, Suchtberatung, Pflegedienste etc.)? Wie erfolgt die Erstellung eines individuellen Hilfeplans (inklusive exemplarischer Darstellung)?

Die Fachstelle stellt – je nach Bedarf – den weiteren benötigten oder gewünschten Kontakt her. Welche Hilfe benötigt wird, stellt sich in einem persönlichen Gespräch heraus. Regelmäßige Kooperationspartner sind die Diakonie (Beratung, Cafe Patchwork etc.), der Allgemeine Soziale Dienst - ASD (z.B. bei Räumungsklagen von Familien usw.), Einzelfallhilfe von Senioren bei der städtischen Fachberatung Senioren und dem Seniorenbeauftragten, sowie dem Sozialpsychiatrischen Dienst beim Gesundheitsamt – SpDi.

Eine allgemeingültige schematische Aufstellung ist aufgrund der Individualität der Einzelfälle nicht möglich. Vielmehr ist eine bedarfsorientierte Beratung und Betreuung - bis hin zur Gefahrenabwehr - anhand der konkreten Umstände durch die Fachstelle für Wohnungsnotfälle zu prüfen, durchzuführen oder ggfs. eine Weitervermittlung zu veranlassen.

b) Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Wohngeldstelle der Stadt? Werden Anträge von Personen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, in der Bearbeitung priorisiert?

Es findet keine Zusammenarbeit mit der Wohngeldstelle statt, da die Bereiche keine Berührungspunkte oder Schnittstellen aufweisen.



c) Wie ist die Rückkehr in ein reguläres Mietverhältnis gestaltet (enge Begleitung, Versorgung durch Pflegedienst, Installieren einer Therapie, etc.)

Die betroffenen Personen werden in das eigene städtische Wohnungsvermittlungsprogramm eingetragen und in regelmäßigem Abstand über etwaige bzw. passende Wohnungsangebote informiert. Eine darüberhinausgehende Begleitung durch die Fachstelle findet nicht statt.

d) Wie lange sind Hilfesuchende im Schnitt von den Leistungen der Wohnungsnothilfe abhängig? Erforderlich ist ebenfalls eine Aufschlüsselung darüber, wie lange wie viele Personen von diesen Leistungen abhängig sind und wo diese untergebracht wurden (in absoluten Zahlen).

Die Leistung der Wohnungsnothilfe ist u. a. die wohnungsrechtliche Notunterbringung, welche quantifiziert werden kann. Im Jahr 2020 wurden 29.682 Übernachtungen von 200 Personen in privatrechtlichen Unterkünften (Hotels, Pensionen) verzeichnet. Diese waren mit hin durchschnittlich 148 Tage untergebracht. Für das Jahr 2021 steht die statistische Auswertung noch aus. In den städtischen Notunterkünften fanden im Jahr 2020 4.372 Übernachtungen statt. Hier ist jedoch zu beachten, dass die dort untergebrachten Personen regelmäßig eine überdurchschnittlich lange, teilweise mehrjährige, Verweildauer aufweisen.

#### Frage 2:

Wie häufig findet aufsuchende Sozialarbeit in den Unterbringungseinrichtungen und Beherbergungsbetrieben statt? Findet diese in allen Einrichtungen statt? Welche Änderungen sind für die Zukunft vorgesehen?

Aktuell werden die Unterkünfte im Rahmen der Sozialarbeit mindestens einmal wöchentlich aufgesucht. Zusätzlich werden betroffene Personen vor einer Räumungsklage aufgesucht. Teilweise haben private Beherbergungsbetriebe mehrere Mitarbeiter rund um die Uhr vor Ort (Theke/Rezeption).

a) Inwieweit sind die Angebote der Wohnungslosenhilfe und der sozialpsychiatrischen Versorgung miteinander verzahnt?

Grundsätzlich besteht mit dem sozialpsychiatrischem Dienst (SpDi) ein steter Austausch. Schwierige Fälle werden gemeinsam erörtert, Auffälligkeiten werden durch die Fachstelle unmittelbar an den SpDi gemeldet. Diese Vorgehensweise wurde in einer gemeinsamen virtuellen Besprechung im 4. Quartal 2021 nochmals bestätigt. Darüber hinaus existiert ein Arbeitskreis „psychisch krank und wohnungslos“, an dem auch die Fachstelle für Wohnungsnotfälle teilnimmt.

b) Exakte Aufschlüsselung nach Betreuungs- und Beratungsangeboten für alle Unterbringungseinrichtungen und Beherbergungsbetriebe.

Betreuungs- und Beratungsangebote werden durch die Fachstelle während der regulären Öffnungszeiten wahrgenommen. I. d. R. sind die untergebrachten Personen angehalten, mo-



natlich bei der Fachstelle vorzusprechen. Diese während der Corona-Pandemie ausgesetzte Praxis wurde mit Beginn des Jahres 2022 wieder aufgenommen. Darüber hinaus bestehen Beratungs- und Betreuungsangebote seitens der unter Frage 4 genannten freien Träger. Eine exakte Aufschlüsselung für alle Unterbringungseinrichtungen und Beherbergungsbetriebe kann indes nicht gegeben werden, weil sich die Angebote nicht nach Objekten orientieren, sondern nach den Individuen.

Zusätzlich wird die Fachstelle mit Wirkung vom 01.04.2022 durch eine Teilzeitkraft personell verstärkt, um insbesondere die Bereiche „Präventive Wohnhilfe- und Sozialberatung“ (u. a. Kontaktaufnahme bei Kündigungen und Räumungsklagen, Beratungen und Unterstützung zur Sicherstellung sozialer Leistungen) und „Aufsuchende präventive Hilfe“ zu intensivieren.

### Frage 3:

Wie viele Haushalte und wie viele Personen sind von Kündigungen, Räumungsklagen und Räumungen betroffen?

Zur Beantwortung dieser Frage muss das gängige Verfahren erläutert werden, das bei Fachstellen für Wohnungsnotfälle grundsätzlich Anwendung findet:

Nicht alle Betroffenen sind darüber informiert, dass sie bei der städtischen Fachstelle Unterstützung bei drohendem Wohnungsverlust erhalten können.

Nach § 36 Abs. 2 SGB II macht das Amtsgericht der Fachstelle für Wohnungsnotfälle eine Mitteilung über Räumungsklagen aufgrund von Mietrückständen, so dass zu den Betroffenen Kontakt aufgenommen werden kann, um eine gemeinsame Lösung zur Verhinderung des Wohnungsverlustes zu finden. In der Regel sind die Betroffenen Leistungsempfänger und es besteht die Möglichkeit zur darlehensweisen Übernahme der Mietrückstände durch den Leistungsträger, so dass der Wohnraum erhalten bleiben kann.

In einzelnen Fällen erreichen die Fachstelle auch verhaltensbedingte Klagen. Je nachdem, wie sich die Fälle gestalten, hat die Fachstelle die Möglichkeit, Rücksprache mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst zu halten. Ein Großteil der Räumungsklagen aufgrund von Eigenbedarf oder mietwidrigem Verhalten werden der Fachstelle jedoch erst bekannt, wenn es zu einem Räumungstermin kommt.

Aus datenschutzrechtlichen Bedenken werden in der Regel keine Mitteilungen über Kündigungen von den Vermietern an die Fachstelle weitergeleitet, so dass erst im Rahmen einer Klage an die Betroffenen herangetreten werden kann. An dieser Stelle besteht Handlungs- und Kommunikationsbedarf mit der Wohnungswirtschaft, um nach Möglichkeit doch und frühzeitig von Kündigungen zu erfahren.

Hier setzen die Stadtteilbüros am Fischbacherberg und am Heidenberg präventiv an, da sie bei den Anwohnern bekannte Anlaufstellen darstellen, die bereits vor einer Abmahnung oder Kündigung Mietrückstände verhindern können.



a) Wie viele Minderjährige sind betroffen? Wie werden betroffene Familien untergebracht?

Im Jahr 2021 waren insgesamt 150 Haushalte mit 171 Kindern von Kündigungen, Räumungsklagen oder Räumungen betroffen.

Von einem Räumungstermin waren im Jahr 2021 insgesamt 32 Kinder aus 18 Haushalten betroffen, einige Familien konnten vor der Räumung neuen Wohnraum beziehen, ein Großteil der Familien ist nach der Räumung vorläufig bei Verwandten untergekommen. Die Wohnungsvermittlung der Fachstelle bietet dann Unterstützung bei der Wohnungssuche an. Darüber hinaus besteht jedoch eine Dunkelziffer an Personen/Haushalten, die keine weitere Unterstützung angefordert haben, so dass die Fachstelle keine Informationen über den weiteren Verbleib hat. In einer städtischen Notwohnung wurden im Jahr 2021 insgesamt acht Familien mit 22 Kindern untergebracht.

Sofern die Mitteilung über den Räumungstermin eines Haushalts mit minderjährigen Kindern durch den Gerichtsvollzieher eingeht, setzt sich die Fachstelle mit dem Jugendamt in Verbindung um eine gemeinsame Lösung zu finden, da die drohende Obdachlosigkeit eine Gefährdung des Kindeswohls darstellt. Die Universitätsstadt Siegen hält zur Unterbringung von Familien und Alleinerziehenden Notwohnungen in der "Alten Dreisbach" und in der "Stahlstraße" bereit.

Über die Notwendigkeit einer Inobhutnahme (etwa über eine Heimunterbringung oder eine Unterbringung bei Pflegeeltern) der Kinder entscheidet das Jugendamt.

Es besteht zudem eine enge Kooperation mit dem freien Träger ALF. ALF bietet Möglichkeiten zur Versorgung von alleinerziehenden Müttern und deren Kinder an.

b) Bei wie vielen Kündigungen kommt es zu Räumungsklagen und wie viele Räumungen werden tatsächlich vollstreckt?

Da die Fachstelle keine Benachrichtigung über die Kündigung von Wohnraum durch die Vermieter erhält und Betroffene erst nach Benachrichtigung durch das Amtsgericht erreicht werden können, kann hier keine verlässliche Aussage getroffen werden. Es sind Gespräche mit der Wohnungswirtschaft geplant um Maßnahmen zu erarbeiten, die einen besseren Informationsfluss zwischen Wohnungsgenossenschaften und Fachstelle gewährleisten können.

Vollstreckt wurden im Jahr 2021 insgesamt 51 Räumungstermine, wobei 116 Räumungsklagen bei der Fachstelle für Wohnungsnotfälle eingegangen sind.

c) Wie häufig konnte eine Räumung aufgrund der Unterstützungsangebote abgewendet werden?

Die vorliegenden Daten lassen keine Auswertung darüber zu. Sofern ein Räumungsverfahren verhindert wurde, kann dies auch trotz der Unterstützungsangebote aufgrund von Selbsthilfemaßnahmen geschehen sein. Beispielsweise wenn die betroffenen Personen vor einer Räumung eine neue Wohnung gefunden oder eigenständig und erfolgreich Anträge auf eine darlehensweise Übernahme der Mietrückstände bei einem Leistungsträger beantragt haben.



In den Stadtteilbüros besteht die Möglichkeit, durch regelmäßige Kontakte mit den Anwohnern präventiv sehr früh anzusetzen, da bereits Unterstützung bei der Vermeidung von Mietrückständen angeboten werden kann.

#### Frage 4:

Wie viele freie Träger sind mit welchen Angeboten und in welchem Umfang an der städtischen Wohnungslosenhilfe beteiligt?

Beteiligt ist keiner der freien Träger an der städtischen Fachstelle für Wohnungsnotfälle, es besteht jedoch eine ergänzende Kooperation.

Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle arbeitet eng mit der Diakonischen Wohnungslosenhilfe zusammen. Bei der Beratungsstelle erhalten Wohnungslose Angebote zur Existenzsicherung, wie z.B. eine postalische Erreichbarkeit um Leistungen nach SGB II oder XII, also Unterkunftskosten und Hilfe zum Lebensunterhalt zu sichern. Zudem verfügt die Diakonie über ein breites Angebot an Einrichtungen für vorwiegend männliche Wohnungslose, wie beispielsweise Wohngruppen, geschütztes Wohnen, das Bodelschwinghaus, stationäres oder teilstationäres Wohnen und auch ambulant betreutes Wohnen.

Zudem findet ein enger Austausch mit den ALF statt. Mit dem "Projekt Housing First" bietet ALF einen innovativen Ansatz, um wohnungslosen Frauen eigenen, mietvertraglich und dauerhaft abgesicherten Wohnraum zu ermöglichen. Weiterhin besteht die Möglichkeit zur Unterbringung von wohnungslosen Frauen in einer Sozialpension oder einem teilstationären Wohnangebot.

#### Frage 5:

Zudem wäre eine sozialstrukturelle Aufschlüsselung (Aufschlüsselung nach sozialen Gruppen, Berufstätigkeit, (Netto-) Haushaltseinkommen, Bildungsgrad u. ä.) der Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen wünschenswert.

Eine exakte Aufschlüsselung nach Bildungsstand, Berufstätigkeit oder Haushaltseinkommen, ist nicht möglich. Die Dokumentation der Wohnungslosen erlaubt lediglich eine Unterscheidung zwischen Leistungsempfängern oder Selbstzahlern. In einigen sehr wenigen Fällen verfügen Wohnungslose über eigenes Einkommen.

Die Dokumentation der Wohnungsnotfälle beinhaltet keinerlei soziostrukturelle Angaben.

Allgemein ist natürlich zu beobachten, dass die betroffenen Haushalte meist hochverschuldet sind und über ein geringes Einkommen verfügen. Ca. 90% der von einer Räumung aufgrund von Mietrückständen bedrohten Betroffenen sind Geringverdiener oder Empfänger von Sozialleistungen.

Es gibt durchaus Haushalte, deren einzelne Mitglieder Leistungsansprüche bei unterschiedlichen Leistungsträgern (Wohngeld, Asylbewerberleistungen, Kinderzuschlag, Kindergeld, SGB II, SGB XII, Unterhaltsvorschuss, etc.) geltend machen müssen um den Lebensunterhalt zu



sichern, so dass die Betroffenen mit der Antragstellung überfordert sind und Leistungen auch wegen der oft sehr langen Bearbeitungsdauer nicht zeitnah gezahlt werden können. Auf diese Weise können Mietrückstände entstehen, die zur Räumungsklage führen.

Studierende oder Personen mit höherem Bildungsgrad sind in der Regel weniger von Wohnungslosigkeit aufgrund von Mietrückständen betroffen oder bedroht. Ausnahmen bestehen wenn beispielsweise eine psychische - oder massive Suchterkrankung vorliegt.

Von verhaltensbedingten Klagen oder Klagen aufgrund von Eigenbedarf können sämtliche sozialen Gruppen betroffen sein.

#### **IV. Erforderliche Rechtsanpassungen**

##### *Novellierung bestehender Satzungen*

Beide für die Unterbringung maßgeblichen vorhandenen Satzungen – die über die Errichtung und Unterhaltung von Übergangsheimen vom 28.11.2001 und die über die Errichtung, Unterhaltung und gebührenpflichtige Benutzung von Wohngebäuden zur Unterbringung obdachloser Personen in der Stadt Siegen vom 15.12.1998 – sind überarbeitungsbedürftig. Es ist beabsichtigt, diese beiden Satzungen in eine gemeinsame "Unterbringungssatzung" zu überführen. Ein zentraler Baustein soll dabei sein, einheitliche und pauschalisierte Benutzungsgebühren zu erheben. Bemessungsgrundlage für die Höhe der Benutzungsgebühr der Unterkünfte einschließlich der Betriebskosten soll die Nutzfläche und die maximale Belegungskapazität der Unterkünfte sein. Voraussichtlich Anfang 2023 werden sich die Bewirtschaftungskosten der Gebäude für das Jahr 2022 aufzeigen lassen, so dass dann die entsprechenden Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten abschließend eruiert werden können, um anhand dessen die Gebührenkalkulation und die Satzungenovellierung vorzunehmen.

#### **V. Aufstellung des gemeinsamen Unterbringungskonzepts**

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen ist festzustellen, dass das bislang gelebte Unterbringungskonzept nicht nur redaktionell anzupassen ist, sondern auch im Rahmen des sich in den Anfängen befindlichen Strategiewechsels überarbeitet werden muss. Hierbei ist nicht nur auf die reine Unterbringung in Zusammenhang mit einer möglichen Gefahrenabwehr hinsichtlich des Personenkreises der Obdachlosen zu achten. Vielmehr ist auch eine begleitende soziale Betreuung im Rahmen einer unmittelbaren Hilfestellung oder Vermittlung zu Fachstellen der verschiedenen Rechtsbereiche zu beachten.

Trotz unterschiedlicher Herausforderungen bezüglich der unterzubringenden und teilweise hilfebedürftigen Menschen, bestehen gleichzeitig erhebliche Schnittstellen zur Betreuung der verschiedenen Personenkreise.

Dies als Grundsatz vorausgesetzt führt zu dem Schluss, dass sich ein Unterbringungskonzept an den aktuellen Begebenheiten orientieren muss, aber anschließend stets fortzuführen und regelmäßigen Anpassungen zu unterwerfen ist.

Bei der Aufstellung des Gesamtkonzepts sind somit folgende Eckpunkte zwingend zu beachten:



- Ausgangssituation
- Betroffene Personenkreise und Anzahl
- Art der Unterbringung  
Welche Unterbringung- bzw. Wohnformen sind beabsichtigt?  
Zentral oder dezentral  
Besondere Wohnformen
- Art der Betreuung  
Umfang der präventiven und akuten Betreuung  
Einbindung von Ehrenamtlichen
- Rechtliche Rahmenbedingungen
- Kosten  
Ermittlung der Bewirtschaftungskosten  
Festlegung der Benutzungsgebühren durch Satzung

Während die Ausgangssituation und die betroffenen Personenkreise bekannt sind, stehen die "Art der Unterbringung" und die "Art der Betreuung" in unmittelbarem Zusammenhang und sind teilweise voneinander abhängig.

Der beschlossene Strategiewechsel in der Universitätsstadt Siegen sieht den zunehmenden Erwerb von möglichst dezentral angesiedelten Unterbringungsobjekten vor. Aufgrund der aktuell bestehenden hohen Nachfrage auf dem Immobilienmarkt ist mit einer kurzfristigen Umsetzung des Strategiewechsels nicht zu rechnen. Zwar scheint das Zinsniveau zur Finanzierung grundsätzlich günstig und von Vorteil zu sein. Allerdings muss unabhängig davon eine entsprechende Anschaffung im Verhältnis stehen.

Die Universitätsstadt Siegen ist seit ca. einem Jahr bemüht, in Frage kommende Objekte zu sichten und einen möglichen Erwerb vor dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Teilweise wurden Erwerbsabsichten geäußert, erste Gespräche geführt oder gezielte Kaufangebote unterbreitet, welche bislang aus unterschiedlichen Gründen nicht zu einem Abschluss geführt haben.

Die weitere Entwicklung, insbesondere bezüglich der Frage, welche Objekte konkret zum genannten Zweck erworben werden können, wird die Aufstellung eines gemeinsamen Unterbringungskonzepts, aber auch die Vergabe eines Dienstleistungsvertrags zur Betreuung von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Aussiedlern maßgeblich beeinflussen. Gleichzeitig scheint jedoch die Entwicklung und Evaluierung eines gemeinsamen Unterbringungskonzepts, welches sich ausschließlich auf die aktuelle Situation bezieht, angesichts des eingeleiteten Strategiewechsels nicht ausreichend und kann den Ansprüchen nicht gerecht werden.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Abt. 5/1 den Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren über die weitere Entwicklung regelmäßig zu informieren und ein entsprechendes Unterbringungskonzept vorzulegen.



Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>            			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>            			

Im Auftrag

gez.

Steffen Weiskirch  
Abteilungsleiter 5/1

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.